

Esst auch nicht täuschen

Der Bürgerblock geht nicht, er muß beseitigt werden
Die sozialdemokratische und bürgerliche Presse bis zur Deutschen Volkspartei erhebt programmatisch ein großes Kräftengeheul. Im Vorwärts heißt es: „Krisenalarm im Reichstag.“ „Aprilwahlen wahrscheinlich.“ Die Volksische Zeitung schreibt: „Der Todeskampf der Koalition. Gesamtdemission des Kabinetts.“ Das Berliner Tageblatt sagt: „Das Ende des Reichstags.“ Die Tägliche Rundschau meldet: „Neue parlamentarische Spannungen.“ Selbst die Germania erklärt: „Das Schicksal gescheitert“ und fügt hinzu, das sei die Meinung der gestrigen Sitzung des Fraktionsvorstandes. Heute muß sich die Zentrumsfraktion mit dieser Tatsache beschäftigen, weil davon auch das Koalitionsverhältnis notwendigerweise betroffen wird. Gegenüber dem Geschrei des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten erklärt der Sozialminister: „Deutschland und Deutsche Volkspartei seien sehr ruhig. Die Regierungsmöglichkeiten seien noch nicht erschöpft, denn bei dem § 20, um den der Streit hauptsächlich gehe, habe man ja nur über die Erhaltung bestehender Simultankonten gesprochen, aber man habe sich noch nicht mit der Frage der Gewährung eines Vertragsrechts auf Errichtung neuer Schulen in den Simultanländern beschäftigt.“

Nebenher stehen auch noch andere Vermittlungswegen offen. Die kämpfenden Metallarbeiter dürfen sich durch diesen schamlosen Schacher um die Kirchenherrschaft und vor allem durch das verlogene Ablenkungsgeheul der Sozialdemokratie nicht betören lassen. Der Bürgerblock wird durch parlamentarischen Kuhhandel nicht zusammenbrechen. Wenn der Zentrumsminister Brauns auf Verlangen der Schwerindustrie am Sonnabend einen Schiedspruch fällt, wenn die koalitionsfeindlichen Reformisten erst den Versuch zur Abwägung des Kampfes beginnen, dann wird auch die schwerindustrielle Volkspartei gegenüber den Forderungen des Zentrums nachgiebiger gestimmt sein.

Außerparlamentarisch, in den Betrieben, Gewerkschaften und Freiberufungsorganisationen muß die Streikfront erweitert, politisch vertieft und die Metallarbeiterschaft tatkräftig unterstützt werden, dann wird der Bürgerblock bürzen, dann wird der Bürgerblock reichstag und die Bürgerblockregierung ein Ende finden.

Die Liquidationsgeschädigten klagen den Reichstag

Die bürgerlichen Abgeordneten reihen aus
Der Klagenverband der geschädigten Auslandsdeutschen und die ihm angeschlossenen 16 Geschädigtenverbände entsandten gestern eine Reihe Delegationen an sämtliche Fraktionsmitglieder des Reichstages für Liquidationsgeschädigte, um sie in nachdrücklicher Weise an ihr gegebenes Versprechen, für die Rechte der Geschädigten einzutreten, zu erinnern. Bei in der Zeit von 14,30 bis 16 Uhr im Wartesaal des Reichstages war, wo die Annahmen der Delegationen erfolgte, konnte dem Empfang schon einen stürmischen Verlauf vorauslagen, denn es fielen hier schon heftige Äußerungen, die sich verschiedener Delegationenmitglieder bemächtigten, als sie erfahren mußten, daß die von ihnen gewählten Volksvertreter sich in schamloser Weise verweigern ließen. Der Abgeordnete Daub (Dn.) sowie eine der führenden Persönlichkeiten des Bundes der Auslandsdeutschen, ehemaliger Gouverneur, jetziger Abgeordneter Dr. Schure, ließen sich trotz mehrmaliger Aufforderung nicht sehen und zogen es vor, zu verschwinden. Die so von ihren Volksvertretern verlassenen haben in dem kommunalistischen Abgeordneten, Genossen Jadasch, ihre einzige Rettung und Trost in ihren Danks an für die von keiner Fraktion im Interesse der Kleingeldbesitzer geleistete Arbeit. Viele von ihnen sagten, daß der kommunalistische Änderungsantrag bereits in verschiedenen Vermittlungen vorgelegen hat und von den meisten Liquidationsgeschädigten fast ausnahmslos gutgeheißen wurde.

Der Zentrumsabgeordnete Buchholz jag es vor, beizeiten das Weite mit der Bemerkung zu suchen, daß er nicht gewohnt sei, so lärmig interessiert zu werden. Er jag es vor, sich mit einzelnen Personen der Delegation im Fraktionszimmer unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu unterhalten. Während dem hatte der deutschnationale Abgeordnete Paverenz mit seiner Delegation eine dreiviertelstündige Unterredung, in der er, nach der Erregtheit der Diskussion zu urteilen, wohl nicht gerade mit Gleichmütigkeit angefaßt wurde.

Ein aufgeregtes Bild zeigte die Wandelhalle, wo die kommunalistische Fraktion, vertreten durch die Genossen Jadasch, Buch u. a., die Delegationen empfingen, die sich an sie wandten, teils um Auskunft zu bitten, teils um ihren Dank für das mutige Eintreten der kommunalistischen Partei für die Rechte der Geschädigten auszusprechen. Ganz besonders konnte man bemerken, daß Leute aus besseren Ständen, Kleinrentner usw., bei denen die Not durch die Verschleppungspolitik der Regierung besonders groß ist, in der Wandelhalle gruppenweise laut diskutierten und den Abgeordneten der verschiedenen Fraktionen vorhielten, daß die kommunalistische Partei die einzige sei, die sich mit der Materie der Geschädigten vollkommen vertraut gemacht habe und für die Rechte der Geschädigten in verbindlicher Weise eingetreten sei. — Die Reichsregierung hat dem Liquidationsgeschädigten-Ausschuß in einem Briefe mitgeteilt, daß das Kabinett sich bis jetzt noch nicht über den Charakter der Entschädigung einig ist und bittet daher, dem Ausschuss zu verlegen.

Der Wechselbalg des Bürgerblocks

Genossen Höllein und Roenen zum Mietwucher
In der gestrigen Reichstagsitzung sprach als erster Abgeordneter für die Kommunisten Genosse Höllein.
Er erklärte: Der Bürgerblock ist eine Embry zur Ausplünderung des werktätigen Volkes. Die Vorlage des Bürgerblocks ist ein freches Mittel auf die Mieter. Dem Hauskapital werden ungeheure Mittel geschenkt, die zur Korruption der öffentlichen Meinung Verwendung finden.
Ein jährlicher Anlaß, den Mieterfury zu verschleiern, besteht nicht. Die Wohnungsnot wird größer. Nach der Zählung vom 16. Mai sind eine Million Haushaltungen ohne Wohnungen. Dabei wurden die Gemeinden unter 5000 Einwohnern nicht gezählt. Zu den fehlenden Wohnungen kommen noch die abbruchreifen Wohnungen. Der Fehlbetrag an Wohnungen, der sich ergibt, wenn man die abbruchreifen Wohnungen und den Bedarf zusammen rechnet, ergibt, daß man in 10 Jahren 3 699 000 Wohnungen erstellen müßte. Jedes Jahr also 369 000, 1928 wird aber nicht einmal der laufende Neubedarf gedeckt. Ein Bauprogramm, wie man die Wohnungsnot beseitigen will, liegt nicht vor.
Wahrgewinne der Hausbesitzer
Ziehungen für die Mieter
Die Regierung lehnt es ab, Mittel für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinden sind nicht in der Lage, die ermittelten Mieter unterzubringen. Die Hausbesitzer aber heften riesenhafte Profite ein. Der Anteil des Hauskapitals an der Reinniete ist 200 bis 230 Prozent der Friedenszeiten. In Preußen allein heften die Hausbesitzer jährlich 300 Millionen Markt aus der Mietersteuer in die Tasche. In Berlin allein 80 Millionen. Wie es mit der Wohnungsnot aussieht, dafür folgende Beispiele: In Halle haben am 13. Januar Familienwäter ein Gesuch eingereicht, sie in der Zelle des Polizeigefängnisses zu belassen. Neben den Gefängniszellen werden Viehwagen als Wohnungen benutzt. In Hannover hat man 50 Familien in einer einzigen Turnhalle zusammengesteckt. Da man

15 proletarisch-politische Gefangene in der Festung Gollnow unter Vergiftungsercheinungen erkrankt

Der Preussische Landtag beschließt auf Antrag der Kommunisten eine strenge Untersuchung einzuleiten.
Die proletarisch-politischen Gefangenen in der Festung Gollnow haben sich wiederholt über schlechte Ernährung beklagt. Am Dienstag vormittag erhielt die kommunistische Landtagsfraktion die telefonische Mitteilung, daß 15 politische Gefangene infolge Genußes verdorbenen Mittagessens an Vergiftungsercheinungen erkrankt sind. Zwei Gefangene vom Festungs-Küchenpersonal und ein Kalkfaktor der Festungsanstalt sind von den gleichen Erkrankungen betroffen. Sieben Gefangene liegen krank daneben, der Zustand einiger Gefangener ist sehr ernst. Der Kalkfaktor bemüht sich zwar augenblicklich im Verein mit dem Direktor um die Erkrankten, die getroffenen Maßnahmen lösen sich aber vollkommen unzureichend. Dieser Tatsache ungeachtet hat sich der Hauptwachmeister der Gollnow-Festungsanstalt erlaubt, die Kranken als Simulanten zu bezeichnen, obwohl der Arzt positive Vergiftungsercheinungen festgestellt hat.
Auf Grund dieser Mitteilung stellte zu Beginn der Landtagsitzung der Genosse Kasper in einer Rede zur Geschäftsordnung den Antrag, ohne Debatte zu beschließen:
„Die Staatsregierung wird beauftragt, 1. sofort eine strenge Untersuchung einzuleiten; 2. die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen; 3. dafür zu sorgen, daß den Erkrankten jede erforderliche Hilfe und Fürsorge zuteil wird.“
Mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten und des Zentrums wurde der Antrag angenommen.

Gripiens Entlastungsmandat für die kapitalistische Justiz

Der Vorwärts als Organ zaristischer Henker
Sozialdemokratische Arbeiter rebellieren gegen die verächtliche Politik der SPD-Führer. Immer nachdrücklicher formieren sich die Arbeiter zum Kampf gegen die kapitalistische Justiz, die einen Schmelzer freiläßt, tschischen Fremden Straffreiheit gewährt, revolutionäre Arbeiter aber hinter Kerkermauern zu Tode martirt.
Was tut die SPD? Sie spürt, wie auch gerade auf diesem Gebiete unter den proletarischen Massen der Groll und die Empörung wachsen. Tragt die SPD dieser Stimmung der Massen etwa Rechnung? Wagt sie es, gegen die kapitalistische Justiz zu kämpfen? Nein! Sie will die deutsche Bourgeoisie vor einem 15. Juli bewahren, wie ihn die Wiener Bourgeoisie erlebte. Sie will und muß abwarten, irgendeine Gelegenheit springen lassen, um den Fall Schmelzer, den Fall Max Hoelz zu vergessen zu machen.
Die Sozialdemokraten an der Spitze der preussischen Regierung geben ihre Einwilligung dazu, daß der brutale Klagenrichter Lorenz zum würdigen Nachfolger Niedermers gemacht wurde. Der sozialdemokratische Parteitag im vergangenen Sommer wagte nicht einmal eine Resolution im Begründungsausschuß des Reichstages schreiben zum Artikel, führen aber seine Hand für Hoelz. Für die preussische Regierung ist die Begründung der Fremden über längere geschlossene Sache, und zugleich beginnt die sozialdemokratische Presse mit einer neuen schamlosen Entlastungsoffensive für die kapitalistische Justiz.
Herr Gripien in Gemeinschaft mit dem heiligsten reformistischen Senator De Braudere lassen unter der Firma „Kommission der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen“ einen Schmähdbrief an den Vorherrscher des Zentral-Exekutiv-Komitees der Sozialisten, den Genossen Kallinin, los. Darin heißt es:
„Sie haben nicht nur keine politische Amnestie gegeben, sondern Sie haben neue politische Verfolgungen verhängt. Tugend der Führer der Opposition in ihrer eigenen Partei wurden in die Verbannung geschickt. So soll Leo Trotski im fernsten Asien, in Turkestan, Hunderte von Kilometern von allem kulturellen und politischen Leben entsetzt, sein Dasein fristen... Im Falle Ihrer jetzigen Parteiposition können Sie Ihre gewöhnliche Verleumdung, es handle sich um „Konterrevolutionäre“, nicht einmal in den Reihen Ihrer eigenen Partei vorbringen. Denn soweit wir unsere davon sind, die Auffassungen und Taten Leo Trotskis in den letzten Jahren als legitim für die Arbeiterklasse zu betrachten — daß er ein überzeugter Revolutionär gewesen, werden wir nie beitreten, und das können auch Sie nicht leugnen.“
Es folgt ein verlogenes Geschrei über die „kapitalistische Regierung“ der Sowjetunion. Der alberne Schmähdbrief mit dem plumpen Versuch, noch einmal aus dem politischen Panzerrot Trotskis Kapital für die Sache des Arbeitererrats zu schlagen, wäre an sich kaum der Erwähnung wert. Man bedente nur: Herr Gripien schreibt einen Brief an Sowjetrußland! Dieses Bild ist schon an sich so komisch. Aber diese Hanswurstmade hat

eine ernste Seite, weil es sich eben um ein stiefbewehrtes sozialdemokratisches Kanöver zugunsten der Bürgerblock, Klassenjustiz handelt.
Bringt doch das Zentralorgan der SPD — und das ist kein Zufall — gleichzeitig eine Meldung mit der Verberühmung „Sowjetrußlands Justiz“, die über den bevorstehenden Prozeß gegen zwei ehemalige zaristische Henker berichtet. Der beiden, deren sich der Vorwärts jetzt in heißer Liebe annimmt, haben an der Ermordung des Attentäter „Kerber“ den Anschlag auf den zaristischen Ministerpräsidenten Stolypin verübt, aufgenommen. Der Vorwärts nennt freilich den proletarischen Attentäter „Kerber“ und den Nord an diesem Attentäter durch die beiden Henker nennt er harmlos „staatliche Vollstreckung der Todesstrafe“. Er verkündet, daß diese Handlung der zaristischen Henker „doch nach dem damals geltenden Recht gewertet werden muß“. Also nach dem Recht des Zarismus und nicht nach dem neuen Sowjetgesetz. Der Vorwärts schließt mit dem verlogenen Ausruf: „Das ist schon mehr als Klassenjustiz, das ist Rachejustiz.“

Mancher sozialdemokratischer Arbeiter würde einen solchen schamlosen Ausfall vielleicht noch begreifen, wenn es sich um einen proletarischen Prozeß gegen sozialdemokratische Agenten oder Sozialrevolutionäre handeln würde. Aber es geht hier um die Verteidigung wichtiger Henkerrechte des Zarismus. Für solche Zwecke legt sich der Vorwärts ein, das einmal das Parteiorgan der Partei August Bebel und Wilhelm Piebtsch was? Kann es eine schimpflichere Wandlung geben?
Mit aller Klarheit müssen die SPD-Arbeiter dieses widerliche Spiel der sozialdemokratischen Führer erkennen, das neben der üblichen Antikommunistik nichts anderes besetzt als ihre proletarische Entschlossenheit und Geschlossenheit zum Kampf gegen die Klassenjustiz der Bürgerblockrepublik zu brechen und so den Schergen von Max Hoelz, den Nutznießern des Reichsgerichts, den Freunden der Fremdenmörder ebenso Hilfe zu leisten, wie Jörgel bei dem Aufruhr der Stahlhelmbanden Hilfe leistete. Dieser niederträchtige Plan muß an dem Widerstand und der Empörung scheitern werden, mit der die sozialdemokratischen Arbeiter von solchen Methoden abrücken.

Abwägung der Werkzeugmacher-Bewegung

Der DMB-Vorstand verhindert die geschlossene Kampffront der Arbeiter
Berlin, 9. Febr. (Ein. Drahtmeldung)
Gestern nachmittag fanden vor dem Schlichter die Verhandlungen über den Lohnkonflikt der Berliner Werkzeugmacher statt. Da die Berliner Metallindustriellen jedes Augenblicks rundweg ablehnten, beantragten die Gewerkschaftsvertreter die Einziehung einer Schlichterkammer. Die Unternehmer weigerten sich daraufhin, Beisitzer für die Kammer zu bestimmen. Damit sind die Verhandlungen gescheitert. Der Schlichter setzte jedoch sofort für Montag neue Verhandlungen fest.
Eine außerordentliche Vertrauensmännerkonferenz der Werkzeugmacher nahm in einer Versammlung zu dem Ergebnis Stellung. Ulrich von der Ortsverwaltung und Handte vom Hauptvorstand des DMB wandten sich mit aller Schärfe gegen Proklamierung des Werkzeugmacherevents, der in einer Abstimmung mit überwältigender Mehrheit bereits beschlossen war. Sie empfahlen, als Donnerstag keine Arbeit zu leisten, sondern als Protestmittel zu übernehmen und gleichzeitig jeder einzelnen Betriebsleitung die Forderung auf 1,50 Mark Stundenlohn in der Spitze zu überreichen. Zur Begründung führten sie aus, daß ein Streik der Berliner Werkzeugmacher für die Industriellen das Signal zur allgemeinen Aussperrung im ganzen Reich sein könnte.
Die Mehrheit der Diskussionsredner wandten sich erregt gegen diese Niederlagenstrategie, wiesen darauf hin, daß bereits eine Urabstimmung stattfand und eine Funktionärskonferenz bereits das Einreichen der Forderungen in den einzelnen Betrieben und die dadurch notwendigen betriebsweisen Verhandlungen auf das nächste zurückgewiesen und als ein Zerstückelungsmanöver der Unternehmer gebrandmarkt worden sei. Sie forderten sofortige Proklamierung des Streiks. Als ich stand, daß die Versammlung mit überwältigender Mehrheit dem Streik proklamieren würde, erklärte plötzlich Handte, aus tatsächlichen Gründen würde die Verhandlung über ihre Annahmestellung keine Abstimmung vornehmen.

Das Verhalten der DMB-Bureaufürer zeigt ganz klar, wo der Weg hingehen soll. Die DMB-Führer wollen die mitteldeutsche Bewegung abdrücken, sie zeigen sich als die getreuen Diener der Kapitalisten. Am Sonnabend will Brauns einen Schiedspruch für Mitteldeutschland fällen. Der Streik der Werkzeugmacher würde die Verratsabläufe, den Angriff der Bürgerblockregierung durchkreuzen. Deswegen verhinderten die DMB-Führer den Kampf in Berlin.
Die Niederlage in Berlin und Mitteldeutschland wird weitere reaktionäre Vorhölle der Kapitalisten zur Folge haben. Wir warnen die Metallarbeiter. Leht darf nicht nachgegeben werden, es gilt erst recht den Kampf verschärft weiterzuführen. Nicht lumpige 5 Pfennig dürfen als Kompromiß angenommen werden, es gilt die geforderten 15 Pfennig zu erringen. Metallarbeiter, erhebt Protest. Nehmt sofort in allen Betrieben und in den Gewerkschaftsversammlungen Stellung. Verbreitet die Front. Kampf bis zum Sieg. Unterstützt die Kämpfenden, sammelt und geht für die DMB.

Vor dem Zusammentritt des KRAK

Moskau, den 7. Februar 1928.
In ihrem Leitartikel, der die Aufgaben des zu einer Tagung zusammenzutretenden Plenums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale behandelt, weist die „Pravda“ darauf hin, daß das Plenum eine Reihe von Fragen prüfen werde, die für die internationale Arbeiterbewegung von großer grundsätzlicher Bedeutung sind.
Angefaßt der sich stetig verstärkenden Gegenkräfte zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie, angesichts der Entwicklung der Arbeiterklasse und des jähren Rechtsruckes der Führerschaft der internationalen Sozialdemokratie, die ihren Kurs auf die Koalition mit der Bourgeoisie hält, muß die kommunistische Internationale den Kampf gegen die internationale Sozialdemokratie auf das äußerste anspannen, um die heiligen Interessen für den Kommunismus zu gewinnen. In Anbetracht dessen stehen die französische und die britische Frage auf der Tagesordnung des Plenums.
Daneben wird das Plenum die Tätigkeit der kommunistischen Partei Chinas zusammenfassen, ihre weitere Linie festlegen und die Fragen der internationalen Tätigkeit der trotzkistischen Opposition, die jetzt ihr Hauptaugenmerk auf die Arbeiter im Ausland richtet, erörtern. Das Plenum muß die kommunistischen Parteien veranlassen, ihre Arbeit zur Entlastung des Trotzkismus als einer der Hauptquellen der gegen die kommunistische Internationale gerichteten Lügen- und Verleumdungskampagne zu verstärken.
Wetterdienst für 9. und 10. Februar. Etwas zur Unbehelligkeit meigendes Wetter (teils Aufhellung, teils zeitweilig klarer) bewölkt mit örtlich geringfügigen Niederschlägen. Temperaturen um ein geringes zurückgehend, doch im Flachland noch mild. Erst in den Kammlagen des Erzgebirges Temperaturen um Null schwankend. Winde aus westlichen Richtungen, teils lebhaft.

SLUB
Wir führen Wissen.